

Ausgabe November / Dezember 2007

# pro + kontra

## Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Fragwürdige Politik zu Lasten der Städte und Gemeinden:

### CDU-Landesregierung verweigert den Kommunen 47 Millionen Euro

Mit 280 Millionen Euro mehr Steuern infolge der verbesserten Konjunktur rechnete CDU-Finanzminister Jacoby bereits im Mai dieses Jahres. Davon sollen in 2007 rund 100 Millionen zusätzlich in die Landeskassen fließen, in 2008 weitere 180 Millionen. Aber Jakoby weigert sich, den Städten und Gemeinden den ihnen eigentlich zustehenden Anteil zukommen zu lassen.

Die Zuweisungen an die Kommunen weisen für 2008 ein Plus von 20 Millionen Euro aus. „Dieses Plus wäre mit 67 Millionen Euro aber viel höher ausgefallen“ (SZ vom 24.10.07), wenn die Regierung nicht 47 Millionen einbehalten würde, um den Landeshaushalt zu sanieren. Die CDU-Regierenden halten

sich also zu Lasten der Kommunen schadlos und wollen ihre gemeindefeindliche Politik weiterführen. Bereits in diesem Jahr haben die saarländischen Städte und Gemeinden 21 Millionen Euro weniger bekommen, seit 2005 sind es sogar insgesamt 116 Millionen, welche die Landesregierung aus dem kommunalen Finanzausgleich einbehalten und damit die Misere der Kommunen verschärft hat. Die gleiche Regierung hat aber keine Skrupel, für die ominöse Marienverehrung in Marpingen ihre Zuwendungen auf 1,7 Millionen Euro zu erhöhen.

Lesen sie dazu auf Seite 3 den Beitrag: „Warum die DKP-Fraktion den Nachtragshaushalt abgelehnt hat?“

Behindertentoilette am Kulturbahnhof geplant:

### DKP unterstützt Vorschlag des Kulturforums



Schon seit einiger Zeit wird über den Standort einer Behindertentoilette gestritten. Während die CDU-Mehrheit eine Entscheidung immer noch verschleppt, hat sich die DKP-Fraktion im Werksausschuss für den kostengünstigen Vorschlag des Kulturforums entschieden. Dieser sieht vor, den Neubau der geplanten Toilette in den rechts neben dem Kulturbahnhof befindlichen Imbisspavillon zu integrieren, der demnächst neu errichtet werden soll.

Es geht um's liebe Geld:

Mehr dazu lesen Sie auf Seite 4



CDU plant Wasser-Cent:

### Brutale Abzockerei

Die CDU-Landesregierung will ab 2008 sieben Cent pro Kubikmeter Trinkwasser kassieren, um angeblich zum sparsamen Umgang mit der Ressource Grundwasser anzuregen. In Wirklichkeit geht es aber um ein neue Finte, an das Geld der Bürger heranzukommen und damit Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Etwa 3 Millionen Euro würden durch den „Wasser-Cent“ in die Landeskasse gespült.

Der saarländische Städte- und Gemeindetag hat dieses Vorhaben scharf kritisiert. Der Gebührenzahler müsse nicht erst über eine Abgabe zum sparsamen Umgang mit Wasser angeregt werden. Der Wasserverbrauch sei bereits seit vielen Jahren rückläufig. Darüber hinaus verfüge das Land über „nachhaltig ausreichende Grundwasservorkommen“. Auch die DKP protestiert gegen den Wasser-Cent, der nichts anderes als üble Abzocke bedeutet.

Wachsende Armut:

### Hartz IV ist überall

Jeder siebte Deutsche unter 65 Jahren hat schon Hartz-IV-Leistungen bezogen. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Demnach erhielten in den vergangenen beiden Jahren insgesamt 10,3 Millionen Menschen in 6,2 Millionen sogenannten Bedarfsgemeinschaften mindestens einen Monat lang diese staatliche Unterstützung. „Es sind erheblich größere Teile der Bevölkerung auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, als aus den Monatsstatistiken erkennbar ist“, warnt der Arbeitsmarktforscher Tobias Graf.

**Nach dem Hamburger Parteitag der SPD:**

## Jetzt die Rückkehr zu den Wurzeln?

**Von „Linksrutsch“ ist in den Medien die Rede, nachdem sich Parteivorsitzender Beck mit seinem Vorschlag durchgesetzt hat, das Arbeitslosengeld für Ältere zu verlängern. Ist damit die „Rückkehr zu den Wurzeln“ der SPD eingeleitet? Wer nicht auf Wunschträume setzt, sollte die Realitäten richtig werten.**

Die Frage steht: Wird die SPD-Führung nun die große Koalition beenden und die Abkehr vom Neoliberalismus einleiten? Gibt es weitere Entscheidungen in dieser Richtung?, z.B.: Abschaffung von Hartz IV. Einführung der Vermögenssteuer. Einführung der Börsenumsatzsteuer. Einführung des Mindestlohns. Schluss mit den Kriegseinsätzen. Und so weiter.

Wohl kaum? Ja, was dann? Alles nur Nebelkerzen, die da gezündet wurden?

Tatsache ist, dass die tiefe Krise der SPD nicht mehr zu übertünchen war. Seit Übernahme von Regierungsverantwortung im Jahr 1998 sank die Mitgliederzahl um 230.000 auf 545.000. Bei fast allen Wahlen waren teilweise dramatische Stimmenverluste zu verzeichnen. Zwischen SPD und Gewerkschaften ist ein tiefer Graben der Entfremdung entstanden. In dieser Situation musste sich die Parteiführung endlich bewegen, aber ein echter Kurswechsel ist nicht daraus geworden.

Die darniederliegende SPD sollte mit dem Hamburger Parteitag fit gemacht werden für die bevorstehenden Wahlkämpfe in Hessen, Niedersachsen und Hamburg im Frühjahr 2008. Das war ein Hauptanliegen, wie Generalsekretär Heil zugab: „Wir haben drei große Aufgaben: erstens gut regieren, zweitens Wahlen gewinnen und drittens unsere sozialdemokratische Überzeugung zu den Menschen bringen.“

Dafür musste eine große Inszenierung

### Müllabfuhr wird deutlich teurer

Die Abfallentsorgung im Saarland wird erheblich kostspieliger werden. Das ist einer Ankündigung des Entsorgungverbandes Saar (EVS) zu entnehmen, die eine Erhöhung der Gebühren um 12 bis 15 Prozent zum 1. Januar 2008 avisiert. Die DKP verurteilt diese neuerliche Belastung der Bürger.

in Hamburg her. Alle Promis waren zu sehen: Schmidt, Vogel, Bahr, Eppler, Schröder und viele andere.

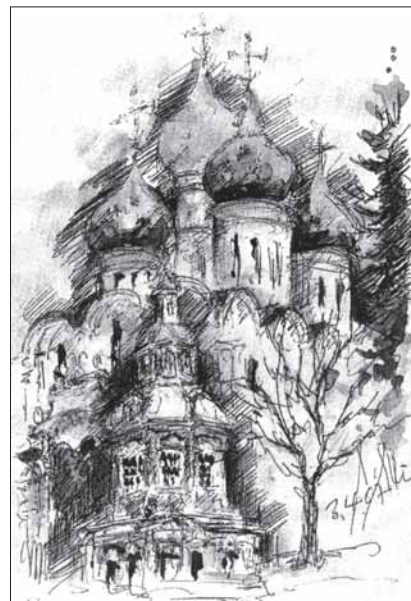
Beck hatte sich auf dem Parteitag erneut grundsätzlich zu der von Schröder entwickelten Agenda 2010 bekannt, aber für punktuelle Änderungen plädiert. Vehement wandte er sich gegen den Eindruck, dass dies ein Linksrutsch der SPD sei. Beck: „Die SPD will regieren, weil sie nur, wenn sie regiert, das zu verwirklichen in der Lage ist, was sie propagiert.“

Wer jetzt sagt, die SPD sei nach links gerückt, den erinnern wir: Die Erfahrung mit der SPD und vor allem ihrer Spitze besagt, dass sie ihre politische Richtung immer an den großen Konzernen ausgerichtet hat. Nie ist es kritischen Sozialdemokraten gelungen, ihre Partei in der Regierungsverantwortung dauerhaft auf einen antikapitalistischen Weg festzulegen. „Neue Richtungen“ entpuppten sich stets als leere Versprechungen. Es wäre natürlich schön, wir würden uns diesmal irren.

### **Vortrag und Bilderausstellung über Moskau und Petersburg:**

## Viele Besucher bei der VHS im Kulturbahnhof

Die Volkshochschule hatte eingeladen und viele viele kamen. In der voll besetzten ehemaligen Stückguthalle waren auch Vertreter des Stadtrates dabei, darunter der DKP-Faktionsvorsitzende. VHS-Leiter Erich Keller gab zunächst einige Erläuterungen zu den Studienreisen nach Moskau und St. Petersburg.



## Staat verzichtet jährlich auf zig-Milliarden

Weil bundesweit rund 6000 Betriebsprüfer fehlen, entsteht den staatlichen Kassen jährlich ein Verlust von bis zu 16 Milliarden Euro. Die Gewerkschaft ver.di bezeichnet den mangelhaften und föderal unterschiedlichen Vollzug der Steuergesetze als einen „Skandal“. In Deutschland herrsche ein nicht länger hinnehmbarer „Zwei-Klassen-Steuer Vollzug“.

Den Lohnsteuerepflichtigen wird bereits beim Arbeitgeber die Steuer abgezogen. Die Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung dagegen erklären in massivem Umfang geringere Einkünfte, als sie tatsächlich erzielt haben. Wegen mangelhaftem Vollzug von Betriebsprüfungen bzw. nicht geahnter Steuerhinterziehung werden systematisch die Gewinne der Steuersünder begünstigt.

Mit einer Powerpoint-Schau machte er seine Ausführungen quasi sichtbar. Da bei war auffallend, dass vornehmlich Kirchen und Klöster das bildliche Geschehen bestimmten. Das wiederholte sich anschließend, als in den oberen Räumen des Kulturbahnhofes die Bilderausstellung eröffnet wurde.

Auch Engelbert Stein hatte seine Reisekizzen vorwiegend mit Kathedralen, Kirchen und Klöstern gestaltet. Insgesamt gab es hervorragende Aquarell/Federzeichnungen zu sehen, gekonnt dargestellt, wie man es von dem Püttlinger Künstler gewohnt ist. Nur schade, dass die Auswahl etwas einseitig war, denn die beiden russischen Städte haben an historischen Sehenswürdigkeiten viel mehr zu bieten. Das kam jedoch, leider muss man sagen, weitgehend zu kurz.

**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen. Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12. Eigendruck

Mit Schönfärberei von Verwaltung und CDU ist niemanden gedient:

## Warum die DKP den Nachtragshaushalt abgelehnt hat?

In der Stadtratssitzung vom 24. Oktober stand der 1. Nachtragshaushalt für 2007 zur Verabschiedung. Auf schönfärberische Weise bemühten sich Verwaltung und Unionspartei, die vorgelegten Zahlen als Beleg dafür zu werten, dass die Stadt sich auf dem richtigen Weg befinde und - wenn man weiter so erfolgreich spare - ein Haushaltsausgleich in greifbare Nähe rücke. Auf seine unnachahmliche plumpe Art vollbrachte CDU-Vorturner Hubertus das Kunststück, an der Oberfläche der Probleme herumzupaddeln und die tatsächliche Lage zu verschleiern. Dabei vergaß er nicht, seine Giftpfeile gegen die Opposition abzuschleusen, der er Verweigerungshaltung vorwarf. Die DKP ließ sich aber dadurch nicht beirren und war bemüht, die Dinge etwas gründlicher zu bewerten.

DKP-Sprecher Franz Hertel erinnerte daran, dass er bei der Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 auf das „Weißbuch zur kommunalen Finanzlage“ des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT) vom November 2000 verwiesen habe, wonach rund 85 Prozent der Kommunen defizitär arbeiten. Schon damals kritisierten wir, dass das Land den Städten und Gemeinden Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich vorenthalte und unterstützte die Auffassung von Herrn Nospers (SSGT), dass es für die Landesregierung „keine Veranlassung“ gebe, sich „in zunehmendem Umfang aus dem kommunalen Topf zu bedienen“.

Wenige Wochen danach äußerte sich Herr Nospers erneut zur Finanzsituation der saarländischen Kommunen, die laut einer zuvor veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung mit **4.265 Euro die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland** ausweist. Insgesamt habe das Land, so Nospers, „seit dem Jahr 2005 rund 116 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich einbehalten“ (SZ 28.2.07).

Auch Charlotte Britz, die Oberbürgermeisterin von Saarbrücken, bemängelte unlängst, dass die Regierung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes Jahr für Jahr „zweistellige Millionenbeträge aus dem kommunalen Finanzausgleich“ nehme und „die saarländischen Kommunen im Regen stehen“ lasse.

Es leuchte ein, so der DKP-Sprecher, dass die kürzlich angekündigte Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs für 2008 „um 20 Millionen auf 433 Millionen Euro“ (SZ vom 19.9.07) keine Kehrtwende in der CDU-Finanzpolitik gegenüber den Kommunen bedeute, zumal die Städte und Gemeinden nur teilweise etwas von dem zurück bekommen, was ihnen eigentlich zusteht.

Franz Hertel wörtlich: „Die finanzielle Lage der öffentlichen Kassen ist in den letzten Wochen etwas besser geworden. Nicht nur das Land kann mit Steuermehreinnahmen von 280 Millionen Euro rechnen. Auch die Städte und Gemeinden profitieren von der angezogenen Konjunktur. Sie können dadurch mit rund 20 Millionen Euro zusätzlich in 2007 kalkulieren. Hinzu kommen etwa 30 Millionen Euro durch gestiegene Kommunalsteuern. **Aber was ist das schon, gemessen an der Gesamtverschuldung der saarländischen Kommunen von über zwei Milliarden Euro?** (SZ vom 31.7.07)

Die Lage ist also nach wie vor dramatisch. Wobei es dafür noch einen weiteren Gradmesser gibt: die Kassenkredite der Saar-Kommunen. Sie liegen derzeit bei mehr als einer Milliarde Euro, womit wir damit pro Einwohner „bundesweit

die bei weitem höchsten Kassenkredite“ (Nospers, SZ 31.7.07) in Anspruch nehmen. Wir brauchen uns nur den Püttlinger Haushalt anzusehen. Bei 35 Millionen Euro liegt der Höchstbetrag der Kassenkredite, damit die Stadtkasse überhaupt in der Lage ist, die laufenden Geschäfte wahrzunehmen.

**Obwohl eine gewisse Verbesserung der Haushaltslage zu erkennen ist, die sich in Mehreinnahmen von 89.600 Euro und Minderung der Ausgaben um 302.600 Euro widerspiegelt, wodurch sich das aufgelaufene Defizit um rund 392.000 Euro reduziert, kann von einer nachhaltigen Änderung der Lage keine Rede sein. Nach wie vor schieben wir ein Defizit von rund 30 Millionen Euro vor uns her und sind nicht in der Lage, dringende Aufgaben z. B. im Bereich der Straßen- oder Gebäudesanierung zu realisieren“.**

Für seine Fraktion stellte Franz Hertel fest, dass sich an den Rahmenbedingungen kommunaler Politik nichts Grundsätzliches verändert hat. Deshalb gebe es auch für die DKP keine Veranlassung, von ihrer ablehnenden Haltung abzugehen. Da diese Rahmenbedingungen weiterhin negativ zu bewerten sind, musste dem Nachtragshaushalt eine Absage erteilt werden.



Schon im Frühjahr berichteten wir in pro+kontra (Ausgabe Mai), dass sich Rehe am Grabschmuck auf dem Friedhof Engelsfeld gütlich tun und damit für großen Ärger sorgen. Inzwischen gibt es neue Klagen über Wildschäden, weshalb die Stadt provisorisch Schutzgitter (Foto) aufgestellt hat. Weil das aber nicht ausreicht, wird für 30.000 Euro ein neuer Gitterzaun errichtet und damit auch eine Forderung der DKP nach „durchgehender Einfriedung“ erfüllt.

Der Aufschwung ist da, über eine Million Arbeitsplätze mehr:

## Die Meisten merken nicht viel davon

Löhne wie vor zwanzig Jahren - Preise steigen - Reiche werden immer reicher

Es geht wieder aufwärts, wird uns alltäglich von den Medien eingetrichtert. Die Wirtschaft boomt. Doch die „kleinen Leute“ haben kaum einen Anteil daran. Sie spüren mit aller Wucht die Folgen der höheren Mehrwertsteuer vom Jahresanfang. Alles wird teurer und die Handelskonzerne verdienen sich doll und dusselig. Derzeit wird auch lauthals geprahlt, dass die Arbeitslosigkeit rückläufig sei und zunehmend mehr Menschen eine neue Beschäftigung finden. Doch das ist nur teilweise wahr, denn der Zuwachs von Stellen auf dem Arbeitsmarkt betrifft vielfach Leiharbeitskräfte, Teilzeitbeschäftigte und befristete Maßnahmen. Oft reicht das Einkommen nicht aus, die Familie zu ernähren, so dass Hartz-IV-Leistungen in Anspruch genommen werden müssen.

Die „Löhne steigen so stark wie seit Jahren nicht“, heißt es in einer Pressemeldung von Ende Oktober: Drei Prozent betrug die Steigerung der Stundenlöhne im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat, dies sei „der größte Zuwachs seit elf Jahren“ (SZ vom 27.10.07). Kein Wunder, denn nach einem Jahrzehnt ständigen Rückgangs der Reallöhne zeigt sich jetzt eine schwache Erholung. Aber auch das stimmt nur zum Teil.

### Löhne wie anno 1986

Lohnabhängige in Deutschland haben von der Wirtschaftsentwicklung der vergangenen 20 Jahre kaum profitiert: Ihre Netto-Einkommen lagen unter Berücksichtigung der Preissteigerung im vergangenen Jahr nur knapp über dem Niveau von 1986, wie aus der Statistik hervorgeht. Dagegen stiegen die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen ganz erheblich. **Nach Abzug von Steuern, Abgaben und Inflation verdienen Lohnabhängige heute so viel wie 1986 - und können sich weniger leisten als Anfang der Neunziger.** Das macht deutlich, warum die Binnenkaufkraft immer noch hinkt.

### Trotz Arbeit arm

**Gegenwärtig wird groß gejubelt, dass die Arbeitslosigkeit rückläufig ist, weil immer mehr Menschen einen neuen Arbeitsplatz finden. Das Schlimme ist aber, dass zunehmend mehr Beschäftigte von ihrem Lohn allein nicht mehr leben können.**

Rund 650.000 Menschen sind als Leiharbeitskräfte beschäftigt, doppelt so viele wie noch vor vier Jahren. 12 Prozent dieser Leihkräfte erhalten ein so niedriges Entgelt, dass sie zusätzlich auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Insgesamt bekommen 1,2 Millionen ArbeitnehmerInnen ergänzende Leistungen aus Hartz IV.

Man bedenke, dass rund 72.000 Saarländer in ungesicherten Arbeitsverhältnissen (Zeitarbeit, befristete Verträge oder Mini-Jobs) arbeiten und jeder sechste saarländische Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohn-Bereich tätig ist. Da wird klar, warum sich die Armut im Land immer schneller entwickelt.

### Was heißt Armut?

Als Armut gilt, wenn das Einkommen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens beträgt; arm ist, wer auf Sozialhilfeniveau lebt.

**Alarmierend ist, dass vor allem die Kinderarmut rasant ansteigt. Von 15 Millionen Kindern insgesamt werden derzeit schon 2,6 Millionen als arm eingestuft (so die Frankfurter Rundschau). Sie müssen mit weniger als 208 Euro im Monat leben, ihre Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt.**



Kinderarmut konstituiert sich aus materiellen und nicht-materiellen Aspekten: ungesunde Ernährung, unzureichender Zugang zu Wissen, Bildung und Information, Gesundheitsprobleme, schulische Probleme, das Fehlen verlässlicher Strukturen, mangelhafte Wohnqualität, Gewalt, soziale und emotionale Defizite und Perspektivlosigkeit. Nach Schätzungen des Kinderschutzbundes gibt es in Deutschland auch rund 700.000 Fälle von verbotener Kinderarbeit. Das gehört ebenfalls zur Kinderarmut.

### Immer höhere Preise

Die Lebenshaltung in Deutschland hat sich **im September so stark verteuert wie seit zwei Jahren nicht mehr.** Die Verbraucherpreise lagen im Schnitt um 2,5 Prozent über dem Niveau vor einem Jahr, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Grund für den Anstieg waren vor allem höhere Energiepreise, teurere Kleidung und teurere Milchprodukte. Dabei bleibt es aber nicht. Vor allem ALDI erhöhte die Preise auf breiter



Front. Die übrigen Discounter stehen diesem Wucher nicht nach.

Seit der so genannten „Liberalisierung“ des Strommarktes im Jahre 1998 ist der Haushaltsstrom um rd. 50 Prozent in die Höhe geschraubt worden. Damit ist der deutsche Strompreis etwa 30 Prozent höher als in Großbritannien und fast doppelt so hoch wie in der Schweiz. Trotzdem bekommen die Stromkonzerne den Rachen nicht voll. So hält der Boss des größten deutschen Energiekonzerns EON den Strom noch immer für zu billig und kündigte neue Preiserhöhungen an. Das Abzocken soll also in unver-schämter Weise weitergehen.>>>



## Die Aktionäre können so richtig zufrieden sein

Deutschlands 30 größte börsennotierte Unternehmen werden im nächsten Jahr so viel an ihre Aktionäre ausschütten wie nie zuvor. Nach Berechnungen des Handelsblatts und der Landesbank Baden-Württemberg dürfte die Gesamtsumme der Dividenden gegenüber diesem Jahr um 4 Milliarden Euro auf 27,7 Milliarden steigen.

Trotz langsamerer Gewinnzuwächse werden wohl mehr als drei Viertel der Konzerne ihre Dividende anheben. Prognosen bestätigen, dass die Firmen im Deutschen Aktienindex (Dax) in nur drei Jahren ihre Ausschüttungen verdoppeln.

## Was kann man tun?

Gegen den Preisterror können Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften vorgehen, indem sie offensiver um höhere Renten, Löhne und Gehälter kämpfen, um Sockelbeträge und Mindestlöhne, Tarifreuegesetze, die auch in den Kommunen greifen, Anhebung der Bedarfssätze oder noch besser: Rücknahme der Hartz-Gesetze, Studiengebühren und Steuergeschenke für Unternehmen, Banken und Konzerne. Und warum nicht fordern: 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer für das „Lebensmittel“ Energie? Das würde die privaten Haushalte spürbar entlasten.

Der Kampf um Inflationsausgleich wird allen – Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Arbeiterparteien – in den kommenden Jahren mehr Phantasie und Kraft abverlangen. Vor allem müssen Wege gefunden werden, zuallererst die großen Energieversorger (EON, RWE, Vattenfall, EnBW) und die Ölkonzerne, an die Kette zu legen. Hier sind gerade auch die Gewerkschaften zum Mitdenken, Mithandeln, Mitmobilisieren gefordert.

Die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission zur Entflechtung der marktbeherrschenden Energiekonzerne, zur Trennung von Netz und Produktion, könnten ein erster Schritt in die richtige Richtung werden. Andere müssen folgen. Widerstand gegen die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums, Vergesellschaftung sowie demokratische Kontrolle der Energiekonzerne und Banken stehen dabei im Mittelpunkt.

## 10 Prozent haben über die Hälfte des Gesamtvermögens



Unternehmer und Reiche kassieren heute 60 Prozent mehr an Gewinnen und Vermögenseinkommen als noch vor 15 Jahren. Bei den Beschäftigten ist vom steigenden Reichtum der vergangenen Jahre kaum etwas angekommen. Viele haben weniger als zuvor - insbesondere viele Erwerbslose. Die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel haben dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Sie haben Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen verteilt. Gleichzeitig haben sie die Bedingungen für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften erschwert, ihren Anteil am wachsenden Reichtum durchzu-

setzen: Mit Gesetzen, die Befristung, Leiharbeit und Minijobs ausweiten. Und durch Hartz IV. Angst auf dieses Niveau abzustürzen macht viele Beschäftigte gefügig...

Mittlerweile verfügen die oberen 10 Prozent der Haushalte in Deutschland über fast die Hälfte des Gesamtvermögens. Allein 2006 gab es in Deutschland mit knapp 800.000 über **30.000 Millionäre mehr** als noch im Jahr vorher. Menschen, die ihr Geld gar nicht konsumieren können, sondern auf den Finanzmärkten anlegen.

(Entnommen aus ver.di-Hefreihe Wirtschaftspolitik / Oktober 2007: Thema Finanzkapitalismus)

## Bundestagsmehrheit ignoriert den Willen des Volkes:

## Erneut 500 Millionen Euro für die Katz

Obwohl sich bei Umfragen rund Zweidrittel der deutschen Bevölkerung gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgesprochen hat, findet dieser Volkswillen im Bundestag keine Repräsentanz: 78 Prozent der Abgeordneten sprachen sich am 12. Oktober für die Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan aus.

Von den 581 Abgeordneten stimmten 454 mit ja, 79 mit nein (darunter die komplette Linksfraktion), 48 enthielten sich. Der neuerliche Beschluss fasst die bislang getrennten Mandate für die Nato-geführte ISAF-Truppe und den Einsatz der Aufklärungsflugzeuge vom Typ Tornado zusammen. Dafür können

bis zu 3.500 Bundeswehrsoldaten entsandt werden. Die Bundesregierung beziffert die Kosten auf knapp 500 Millionen Euro. Dieser Betrag muss noch jenen mehr als 2 Milliarden Euro hinzugerechnet werden, welche bisher schon für die „Verteidigung am Hindukusch“ verschleudert wurden. Das sind immense Summen, die für soziale Aufgaben in unserer Republik fehlen.

Angeblich geht es um den Kampf gegen Terrorismus. Jeder Tag in Afghanistan beweist das Gegenteil: Krieg erzeugt Terror, Krieg selbst ist Terror. Deshalb ist die Forderung nach Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und von allen Auslandseinsätzen so wichtig.

## VVN-Bund der Antifaschisten fordert:

# NPD konsequent verbieten und auflösen

Die VVN-BdA (Verenigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten), die bundesweit aktiv ist, hat eine Kampagne eingeleitet, um bis zu 9. November 2007 rund 100.000 Unterschriften für das sofortige Verbot der NPD zu sammeln. Inzwischen beträgt die Zahl der Unterzeichner schon mehr als 140.000 Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass immer mehr Menschen die Gefahren des Neofaschismus hoch einschätzen und endlich effektive Maßnahmen gegen die neonazistische NPD verlangen. Nachfolgend der Text des Aufrufes der VVN-BdA:

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!

Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich“ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen. Sie nutzt den

Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezugnehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt.“

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden! Wir fordern: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

## ver.di: Die NPD muss verboten werden

Die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses Anfang Oktober haben diese Forderung mit Nachdruck bekräftigt. Das zeigten alle Diskussionsbeiträge zum Thema, das bestätigte der mit großer Mehrheit gefasste Beschluss.

Wenn wir fordern, erneut einen Verbotantrag gegen die NPD zu stellen, dann tun wir das nicht, weil wir glauben, dass dies die politische Auseinandersetzung ersetzen könnte. Im Gegenteil. Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit rechtsextremen, demokratiefeindlichen Haltungen muss auch nach einem Verbot intensiv geführt werden. Wir fordern ein Verbot der NPD, weil wir es für unerträglich

halten, dass diese Partei mit ihren demokratiefeindlichen, ja menschenverachtenden Zielen auch noch aus Steuermitteln finanziert wird und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit mißbrauchen darf. Es darf nicht sein, dass in diesem Land Bürgermeister gerichtlich angewiesen werden, der NPD öffentliche Versammlungsräume für ihre Agitation bereit zu stellen, weil sie ja eine legale Partei ist. Es kann nicht sein, dass die NPD mit ihren Hetzparolen unter Polizeischutz auf den Straßen und Plätzen aufmarschieren darf. Deswegen fordern wir das Verbot.

**Franz Bsirske, ver.di-Vorsitzender, zitiert aus „Publik“ 10/2007.**



Die in Köllerbach wohnhafte Antifaschistin Käthe Erck, seit Jahrzehnten aktives Mitglied der DKP und stark in der VVN-BdA engagiert, hat die Unterschriftenaktion gegen die Neonazis unterstützt und binnen kürzester Zeit über 70 Unterzeichner gewonnen. Ein deutlicher Beweis dafür, dass auch in unserer Stadt die Forderung nach einem sofortigen Verbot der NPD unterstützt wird.



Nach der Hetzjagd auf acht Inder in Mügeln ist die Diskussion über ein Verbot der NPD erneut angefacht worden. Kein Wunder, fällt doch dieser Vorgang mit der Tatsache zusammen, dass rechtsextreme Gewalt binnen zwei Jahren um 50 Prozent zugenommen hat. Und trotzdem passiert nichts. Die NPD kassiert nach wie vor öffentliche Gelder, in 2006 allein 1,4 Millionen Euro, das sind mehr als 40 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.



Erinnern Sie sich? In der letzten Ausgabe unserer Stadtzeitung berichteten wir über Beschwerden von Püttlinger Bürgern, wonach die vier Ruhebänke im Grünbereich Birkenbruch „aussehen wie eine Sau“. Umgehend schrieben wir an die Stadtverwaltung und forderten Maßnahmen zur Abhilfe. Daraufhin teilte der Bürgermeister mit, dass die Sanierung der Ruhebänke eingeleitet sei. Auf unserem Foto ist das Ergebnis zu sehen. Zwar sind jetzt nur noch zwei Bänke vorhanden, aber die sind tip-top und laden zum Verweilen ein.

**DKP begrüßt die Initiative des Püttlinger Kinderschutzbundes:**

## Viel beachtete Aktion gegen die Armut

Etwa 400 blau-weiße Fähnchen steckten Helfer des Kinderschutzbundes am 22. September in die Wiese vorm Rathaus unserer Stadt (Foto). Jedes dieser Fähnchen stand symbolisch für ein armes Kind in Püttlingen. Mit dieser Aktion anlässlich des Weltkindertages sollte die Öffentlichkeit nachdrücklich auf das Problem wachsender Armut von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht werden.

Aus Presseveröffentlichungen ist bekannt, dass in Deutschland, einem der reichsten Länder in Europa, über 2,6 Millionen Kinder von Armut betroffen sind. Jedes dritte Kind droht zum Sozialhilfeempfänger zu werden, weil Armut immer mehr um sich greift. Auch in Püttlingen. Der Kinderschutzbund weist in einem Infomaterial darauf hin, dass in unserer Stadt etwa 400 junge Menschen unter 18 Jahren als arm zu betrachten sind. Um so notwendiger sei es, sich stärker um diese Probleme zu kümmern, denn „Kinderrecht ist Men-

schenrecht“, wie der Kinderschutzbund in seiner Schrift feststellt:

Kinder in Armut aufwachsen zu lassen, verletzt **ihr Recht** auf ein harmonisches Familienleben, **ihr Recht** auf angemessenen Lebensstandard, **ihr Recht** auf Bildung, **ihr Recht** auf Gesundheit, **ihr Recht** auf soziale Teilhabe.

Bei einem Besuch des Infostandes erklärte der DKP-Fraktionsvorsitzende, das seine Partei alle Initiativen gegen wachsende Armut unterstütze. In diesem Sinne müsse man auch den DKP-Antrag an die Stadt verstehen, einen „Armutbericht für Püttlingen“ (letzte Ausgabe!) zu erarbeiten. Nur mit genauen Fakten könne man erfolgreich agieren.

## Kurz und knapp

**1.800 Euro Jahresbeitrag** kostet die Fördermitgliedschaft beim Deutsch-Amerikanischen Institut Saarbrücken. Während CDU und Stadtverwaltung sich davon Vorteile für kulturelle Angebote versprechen, lehnte die DKP einen Beitritt entschieden ab. Bei einer traurigen Haushaltslage, wie sie derzeit herrsche, „ist es unverantwortlich“ so viel Geld zu verschleudern. Davon abgesehen ist die USA ein Land, dass sich weltweit mit Krieg, Unterdrückung und Unkultur hervortut. Damit kann man wohl kaum Solidarität bekunden.

\*

**Eine Don-Bosco-Schulanlage** sollte ursprünglich in Etzenhofen errichtet werden. Dieses durch die DKP von Anfang an bekämpfte Vorhaben hat sich zum Glück zerschlagen. Kürzlich lag nun dem Stadtrat ein Antrag vor, das fragliche Gelände als Wohngebiet auszuweisen. 71 Baustellen sollten erschlossen werden. Das hat die Verwaltung aber abgelehnt, weil es den städtischen Planungen widerspricht und die Entwicklung der Stadt für lange Zeit einschränken würde. Die DKP war gleicher Meinung. Zudem wiesen wir es entschieden zurück, dass Einzelne die Gelegenheit bekommen, sich mit dem Verkauf von Baugrundstücken „eine goldene Nase“ zu verdienen.



## Kontroverse Debatte im Stadtrat:

# Angesichts leerer Kassen lehnt es die DKP ab, dem Kloster rund 30.000 Euro zuzuschustern

DKP, SPD und FDP stimmten in der Ratssitzung vom 24. Oktober gemeinsam gegen die Übernahme der Kosten für das Bauleitplanverfahren des Klosters Heilig Kreuz. Dabei geht es um rd. 26.500 Euro. Hinzu kommen Grundstückskosten für die geplanten Parkplätze, so dass insgesamt etwa 30.000 Euro zur Disposition stehen.

Nur die CDU-Fraktion stellte sich folgsam auf die Seite des Bürgermeisters, der das in seiner Existenz bedrohte Kloster als „historische“ Einrichtung in Püttlingen würdigte, welches künftig neue Funktionen erfüllen soll und als geistiges Zentrum sowie neuer Sitz der



Caritas-Sozialstation wichtige Impulse über die Stadt hinaus vermitteln werde. Deshalb sei auch ein neuer Parkplatz erforderlich, der den Friedhofsbesuchern ebenfalls zugute komme.

Schon in der Stadtratssitzung vom 19. September war die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Kloster beschlossen worden. Die neuerliche Beschlussfassung wurde notwendig, weil der Geltungsbereich wegen den zusätzlichen Parkplätzen geändert worden ist. Dazu der DKP-Sprecher in der letzten Sitzung:

„Wir haben Verständnis dafür, dass durch die vorgesehenen Planungen mit vielen neuen Funktionen in diesem Bereich ein vermehrtes Verkehrsaufkommen zu erwarten ist und dadurch zusätzliche Parkplätze erforderlich werden.“ Hertel relativierte in diesem Zusammenhang die Argumentation, dass auch Friedhofsbesucher künftig davon einen Nutzen haben könnten: **Ohne die Bauplanungen für das Kloster wäre dieser Parkplatz nicht in Frage gekommen und es wäre weiterhin in Kauf genommen worden, dass bei Beerdigungen die Fahrzeuge an den Seiten dieser viel befahrenen Straße parken.**

Der DKP-Sprecher wörtlich: „Wir betrachten die (kostenlose) Bereitstellung von städtischen Flächen für die Anlegung eines Parkplatzes als ein beachtliches Entgegenkommen gegenüber den Vorhabenträgern, die bis dato noch nicht benannt sind. Damit soll es aber auch genug sein!

**Wir lehnen es entschieden ab, rund 26.500 Euro an Kosten für das Bauleitplanverfahren zu übernehmen. Dabei**



**berücksichtigen wir nicht nur, dass die städtische Kasse leer und auf absehbare Zeit keine nachhaltige Verbesserung der Finanzsituation zu erwarten ist. Auch die Tatsache, dass es sich um eine Einrichtung handelt, die ausschließlich einem bestimmten Personenkreis zugute kommt, lässt uns dafür plädieren, keine allgemeinen Mittel der Stadt für dieses Vorhaben einzusetzen.“**

Franz Hertel betonte, er wolle die Argumente des Bürgermeisters und der Mehrheitsfraktion, welche die „Bedeutung des Klosters“ hervorheben und von „wichtigen Impulsen“ reden, nicht widerlegen: „Das ist deren Ansicht, die wir hinnehmen. Wir sehen das anders und viele Bürger von Püttlingen ebenfalls. Wir können jedoch nicht einverstanden sein, dass Steuermittel, die von allen Bürgern (auch solchen, die mit Klöstern und Kirchen nichts zu tun haben!) aufzubringen sind, für eine Einrichtung ausgegeben werden, die nur einem bestimmten Klientel zugute kommt. **Unsere Meinung: Wenn die Vorhabenträger groß planen und dabei zusätzliche Parkplätze bauen wollen, dann sollen sie auch gefälligst dafür bezahlen.“**

## Problem schnell gelöst



Anlieger der Hermesbornstraße haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass ortsfremde Autofahrer vielfach in diese Straße einfahren, um dann enttäuscht festzustellen, dass es plötzlich nicht mehr weitergeht. Besonders schwierig sei es für LKW, die ziemlich jonglieren müssten, um wieder aus dieser Falle herauszukommen. Die DKP hat daraufhin Anfang September an die Verwaltung geschrieben und die Anbringung eines Schildes „Sackgasse“ beantragt. Schon kurz darauf kam die Antwort, die Sache sei in Bearbeitung. Und jetzt ist die Angelegenheit (siehe Foto) schon erledigt. Dankeschön!